

ANSPRECHPARTNER



JOCHEN HAUSSMANN

stv. Fraktionsvorsitzender

✉ jochen.haussmann@fdp.landtag-bw.de
☎ 0711 2063 921



JÜRGEN KECK

✉ juergen.keck@fdp.landtag-bw.de
☎ 0711 2063 9103



MARKUS FLANDI

Parlamentarischer Berater

✉ markus.flandi@fdp.landtag-bw.de
☎ 0711 2063 927

LIBERALE PARLAMENTSARBEIT 2020

BEREICH VERKEHR

Alle Verkehrsträger mit Ausnahme des Fahrrads wurden von der Corona-Pandemie hart erwischt. Im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) brachen die Fahrgeldeinnahmen weg und eine Rückkehr auf Fahrgastzahlen und damit Umsätze wie vor Corona ist nicht absehbar. Zwar wurden Rettungsschirme gespannt, aber Steuergelder fließen nicht unendlich. Sie können nicht dauerhaft alle Bedarfe und Sonderfälle umfassen. Die Reisebusbranche ist besonders hart betroffen. Wir haben eine Initiative in den Landtag eingebracht, die geänderte Anforderungen zu Alltagsmasken wie in Schleswig-Holstein oder auch in der Gastronomie in Reisebussen vorsah. Im Bereich der Schülerbusse haben wir frühzeitig die Initiative ergriffen, dass die Landesregierung zusätzliche Busse zur Vermeidung von Überfüllungen einsetzen soll. Dies wurde dann erst kurz vor Schuljahresbeginn umgesetzt. Ohnehin überrascht es, dass überall von Abstand die Rede ist, nur im Bereich des ÖPNV tut die grün-schwarze Landesregierung so, wie wenn ein einfaches Stofftuch vor Nase und Mund einen wirksamen Schutz vor Infektionen in überfüllten Bussen und Bahnen darstellen könnte. Auch der Flugverkehr mit seinen Flughäfen und Verkehrslandeplätzen war und ist drastisch betroffen. Wir haben einen

Beschlussantrag in den Landtag eingebracht, dass auch Baden-Württemberg eine Förderlinie wie andere Länder auflegt. Zwar ist allgemein bekannt, dass einige grüne Politiker selbst ausgesprochen gerne und viel fliegen, gleichwohl blockieren sie mit ihrem politischen Handeln die Innovationspotenziale der Luftfahrt. Wir rechnen es auch unserem Antrag zu, dass Bewegung in die Sache gekommen ist.

Bei den Diesel-Fahrverboten hält der grüne Verkehrsminister an seinen Verbotsplänen fest. Eigentlich war in der Koalition und im Luftreinhalteplan festgelegt, dass im April entschieden wird, wie es mit den Fahrverboten weitergeht. Bei Einhaltung der Jahresgrenzwerte von 40 µg Stickoxide je m³ Luft sollte es keine Verschärfung geben. Was war? Sogar am Neckartor wurde der Grenzwert eingehalten. Das Land hat ein Ergänzungsgutachten in Auftrag gegeben. Dort sind im 8-Monats-Zeitraum bis auf die Messstelle Pragstraße die Grenzwerte eingehalten. Trotzdem wurden die schärferen Fahrverbote umgesetzt! Aus unserer Sicht ist es weder erforderlich noch geeignet hierauf mit einem Diesel-Verbot für Euro 5 zu reagieren.

INITIATIVEN

- » Ergänzungsgutachten zur Fortschreibung des Luftreinhalteplans Stuttgart [Drucksache 16/8929](#)
- » Lokführer-Personalpool [Drucksache 16/8369](#)
- » Doppelstocktriebfahrzeuge für den regionalen Schienenverkehr in Baden-Württemberg [Drucksache 16/8301](#)
- » Gäubahntunnel auf den Fildern und Bahnprojekt Stuttgart–Ulm [Drucksache 16/8461](#)
- » COVID-19 und Sicherheit im Schülerverkehr des Öffentlichen Personennahverkehrs [Drucksache 16/8862](#)
- » Situation der Verkehrslandeplätze in Baden-Württemberg infolge der COVID-19-Krise [Drucksache 16/8763](#)

Alle Rechte vorbehalten. Die Rechte für die Verwendung der Abbildungen und Textbeiträge liegen bei der FDP/DVP Fraktion. Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

IM FOKUS

SCHIENENPERSONENNAHVERKEHR



ARBEITSKREIS

Verkehr



ANSPRECHPARTNER

Jochen Haußmann MdL
Jürgen Keck MdL



Freunde der Eisenbahnromantik mag es erfreuen, liberale Menschen mit der Liebe zur freien Gestaltungsmöglichkeit für Unternehmen und den Wettbewerb hingegen nicht – Baden-Württemberg scheint auf dem Weg zurück zur Königlich Württembergischen Staatseisenbahn zu sein.

Worum geht es? Das Land ist Aufgabenträger des regionalen Schienenverkehrs. Wie sehr es bei den Neuvergaben nicht nur in den Stuttgarter Netzen mit Abellio und Go Ahead geknirscht hat, war schon im letzten Jahr Thema unseres kurzen Jahresberichts. Nun geht es aber weiter. Zur Stützung eines offensichtlich überforderten Unternehmens hat das Land eine Interimslösung mit Drittbetreibern ermöglicht. Da es den Wettbewerbern von DB Regio offenbar schwerfällt, genügend Lokführer zu beschäftigen, hat das Land einen Lokführer-Personalpool bei der DB eingerichtet und finanziert die Ausbildung. Erfolgt keine Entleiherung von Lokführern, kann die DB das Personal ohne weitere Zahlungen nutzen. Eine Anmeldung muss 6 Wochen im Voraus erfolgen. Damit ist klar: Es geht nicht um die Überbrückung kurzfristiger Ausfälle, sondern das Land finanziert die Behebung struktureller Defizite.

Dann wurde das bisher schon bestehende Finanzierungsinstrument über die Landesanstalt Schienenfahrzeuge (SFBW) weiterentwickelt. Bis-

her konnten die Eisenbahnverkehrsunternehmen immerhin noch aussuchen, welche Schienenfahrzeuge sie möchten, die dann ins Eigentum der SFBW übergangen und geleast wurden. Jetzt ist es so, dass das Land die Fahrzeuge und die Wartung im Rahmen eines so genannten Life-Cycle-Cost-Modells (LCC) über 30 Jahre vorgibt. Die Tarife werden ohnehin schon durch Verbände und den BW-Tarif bestimmt. Wettbewerb sieht anders aus!

Eine erstaunliche Entwicklung gab es auch beim Thema Doppelstockwagen. Als wir noch bei der Neuvergabe der Stuttgarter Netze darauf hingewiesen haben, dass mit so genannten single decks die erforderlichen Kapazitäten nicht erreicht werden können, wurde das vom Tisch gewischt. Jetzt kommt aber doch eine Markterkundung und Beschaffung von 130 Doppelstockfahrzeugen mit einer Nachbestelloption mit 100 Zügen.

Schließlich haben wir mit einem Antrag die Pläne zu einem Gäubahntunnel auf den Fildern durchleuchtet. Auch die Gäubahn und die Bodensee-gürtelbahn brauchen dringend Ertüchtigungen.

Alle Rechte vorbehalten. Die Rechte für die Verwendung der Abbildungen und Textbeiträge liegen bei der FDP/DVP Fraktion. Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.